

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
191 · Ausgabe Region Bern · Nov. 2020



STÄDTISCHE BUDGETABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2020

Verantwortbare Entlastungsmassnahmen und vertretbares Defizit

Michael Aebersold
und Marieke Kruit
2*
auf jede Liste!

DIE STIMMBERECHTIGTEN DER STADT BERN ENTSCHEIDEN AM 29. NOVEMBER 2020 ÜBER DAS BUDGET 2021. ES SIEHT EIN DEFIZIT VON 40,1 MILLIONEN FRANKEN VOR. DER STADTRAT HAT AUF ANTRAG DES GEMEINDERATS ANGESICHTS TIEFERER STEUERERTRÄGE UND CORONA MIT EIGENER GEWICHTUNG UMFANGREICHE ENTLASTUNGSMASSNAHMEN BESCHLOSSEN. SO KANN EIN NOCH HÖHERES DEFIZIT VERHINDERT WERDEN. DIE SP HAT ENTSCHEIDENDE IMPULSE GESETZT UND IM STADTRAT KONSTRUKTIV ZUM BUDGET 2021 BEIGETRAGEN.

Über die letzten Jahre haben sich die Stadtfinanzen erfreulich entwickelt: Die Stadt konnte Eigenkapital bilden, Spezialfinanzierungen öffnen und Schulden abbauen. Gleichzeitig erlaubten die wachsenden Steuereinnahmen einen Leistungsausbau in sozialdemokratischen Kernthemen. Bern ist als Wohn- und Lebensort so attraktiv wie noch nie. Dank der erfreulichen Finanzlage werden seit langem überfällige Investitionen in Schul- und Sportanlagen getätigt.

Das Jahr 2019 ist in dieser Erfolgsgeschichte eine Zäsur: Die Steuererträge blieben 35 Millionen Franken unter Budget, und es resultierte mit minus 17,2 Millionen Franken das erste Rechnungsdefizit seit sieben Jahren. Der Gemeinderat hat auf die veränderte Ausgangslage rasch reagiert und das Budget 2020 um total 15,5 Mio. Franken entlastet. Dann kam noch Corona hinzu.

Gemeinderat und Parlament mussten handeln. Nach dem Vorsichtsprinzip hat der Gemeinderat die Steuererträge gegenüber dem Budget 2020 um 67,6 Mio. Franken auf brutto 509,4 Mio. Franken nach unten angepasst. Damit das Defizit bei diesen ertragssei-

tigen Korrekturen nicht zu gross wird, musste auch ausgabeseitig gespart werden. Die Direktionen mussten nach einem vorgegebenen Verteilschlüssel für insgesamt 20 Mio. Franken in eigener Verantwortung Massnahmen ausarbeiten. Der Gemeinderat hat aber auch

Das vorliegende Budget 2021 ist ausgewogen

beschlossen, die eben erst gewährten drei zusätzlichen Ferientage für die städtischen Angestellten zu sistieren.

Erst nach Verabschiedung des Budgets durch den Gemeinderat beschloss das Parlament 2,3 Mio. Franken Mehrausgaben für die Kinderbetreuung. Da sich im Vorfeld der parlamentarischen Debatte weitere Mehrausgaben abzeichneten, boten die Direktionen von

Ursula Wyss und Michael Aebersold Hand für zusätzliche Minderausgaben.

Im September 2020 hat sich der Stadtrat mit dem Budget 2021 befasst. Die Debatte war intensiv, auch weil innerhalb von RotGrün-Mitte eine gemeinsame Position gefunden werden musste. Die SP-Fraktion spielte dabei eine entscheidende Rolle. Sie anerkannte das Sparziel von 20 Mio. Franken, stellte sich gegen verschiedene Entlastungsmassnahmen des Gemeinderats und bot Hand für Alternativen. Entschieden und mit Erfolg wehrte sie sich auch gegen die Sistierung der drei Ferientage: Kostenfolge 860 000 Franken.

Das vorliegende Budget 2021 ist ausgewogen und widerspiegelt den politischen Willen, auch in ausserordentlichen Corona-Zeiten sowohl die soziale wie auch die finanzpolitische Verantwortung wahrzunehmen. Es verdient ein klares JA der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die Delegierten der SP Stadt Bern empfehlen das Budget mit 53 Ja zu 3 Nein zur Annahme.

Michael Aebersold, Direktor für Finanzen,
Personal und Informatik Stadt Bern

Stadt der Teilhabe für alle, die hier sind – und alle, die noch kommen werden

DASS DIE INSTITUTIONELLE STÄDTISCHE POLITIK DEMOKRATIEDEFIZITE AUFWEIST, IST KEINE NEUE ERKENNTNIS. SOWOHL ZIVILGESELLSCHAFTLICH ALS AUCH INSTITUTIONELL KÖNNEN DIESE DEFIZITE ANGEANGEN WERDEN – DOCH DIE STADT MUSS KREATIV WERDEN.



Streetvernissage «Let's turn Schützenmatte Inside out»

Häufig sind es Krisenzeiten, die uns Ungerechtigkeiten in unserem Alltag vor Augen führen. Doch aus Not kann auch Kreativität entstehen: In der Coronakrise entwickelte sich die ansonsten verlassene Schützenmatte zu einem elementaren Ort der Solidarität für Menschen in prekärer Lage. Die Frage ist nun, wie dieser zentrale Begegnungsort in der Berner Innenstadt zu einem lebendigen und inklusiven Raum werden kann.

Abseits der Lebensrealitäten

Über die Entwicklung der «Schütz» wurde schon viel diskutiert. Verschiedene Zwischennutzungen sind gekommen und auch wieder gegangen, geblieben sind diejenigen Menschen, die in all diesen Diskussionen nicht gefragt wurden. Es zeigt sich einmal mehr: Der selektive Zugang und die begrenzten Teilhabemöglichkeiten der institutionellen Politik führen dazu, dass immer wieder marginalisierte Gruppen aus demokratischen Prozessen ausgeschlossen werden. Die selbstbestimmte Aneignung der Schütz widerspricht dem aber grundlegend und schafft neue städtische Lebensrealitäten. Ungeachtet dessen verlaufen die städti-

schen Wahlen im November abseits solcher Lebensrealitäten, denn rund einem Viertel der Stadtbewohner*innen bleibt aufgrund ihrer Nationalität die politische Teilhabe verwehrt. Die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer*innen – in weiter Ferne. Doch im städtischen Demokratiealltag bieten sich verschiedene Instrumente, an denen Partizipation gestärkt und Demokratie demokratisiert werden kann.

Teilhabe auf Augenhöhe

Seit ein paar Jahren vereint die Plattform «Wir alle sind Bern» verschiedene Aktivist*innen und Projekte unter dem Schirm der «urban citizenship». Nach diesem Konzept soll allen Stadtbewohner*innen ein gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen ermöglicht werden, um damit die rechtliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe zu garantieren. Citizenship ist demnach nicht bloss als Stadtbürgerschaft zu verstehen, sondern als umfassendere Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben.

Mit ihren Initiativen will die Plattform beweisen, dass sich politische Teilhabe nicht nur auf Abstimmen und Wählen be-

schränkt, sondern durch offene und partizipative Projekte mit Begegnungen auf Augenhöhe beginnt (z. B. «Café CosmoPolis»). Und auch auf institutioneller Ebene geht es um die Anerkennung von Migration und Vielfalt als gesellschaftlicher Realität – und die entsprechende Anpassung der politischen Instrumentarien an diese Realität. Bekannt ist die Idee einer städtischen Identitätskarte (City Card), die unabhängig vom rechtlichen Aufenthaltsstatus ausgestellt wird und langfristig alle Stadtbewohner*innen zu Citizens mit Zugang zu institutioneller Politik machen soll.

Für eine mutige Stadtpolitik!

Während die City Card noch vor einem juristischen und politischen Aushandlungsprozess steht, braucht es eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Fragen jenseits des vordergründig Machbaren. Dabei bieten sich auch sehr greifbare Experimentier Räume. Die Stadtteilpartizipation könnte ausgebaut und mit verbindlicheren politischen Kompetenzen ausgestattet werden (inkl. Gemeindefusion). Oder Teilhabe wird durch «partizipative Budgets» gefördert (Tests Lausanne/Zürich), wie sie in Paris oder New York bereits erfolgreich praktiziert werden. Die

Allen Stadtbewohner*innen soll ein gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen ermöglicht werden.

Möglichkeiten sind da – was es braucht, sind mutige und kreative Initiativen, nicht bloss aus der Zivilgesellschaft, sondern auch aus der institutionellen Politik.

Warum wir uns für die Raumplanung interessieren sollten

DIE RAUMPLANUNG IST EIN POLITISCHES TEILGEBIET, DAS WEGEN SEINER KOMPLEXITÄT OFTMALS GEMIEDEN WIRD. GERADE WEIL ES DABEI UM DIE VERTEILUNG DES GRUNDGUTES BODEN GEHT UND SIE SOMIT STARK VON POLITISCHEN INTERESSEN GESTEUERT WIRD, KANN MIT EINER AKTIVEN RAUMPLANUNG VIEL BEWIRKT WERDEN. IM INTERVIEW ERKLÄRT LUKAS BÜHLMANN, WARUM EINE NACHHALTIGE SP-POLITIK ZWINGEND EINE PROAKTIVE RAUMPLANUNG ERFORDERT.

Wieso sollte uns als Sozialdemokratinnen und -demokraten das Thema Raumplanung eigentlich interessieren?

Es geht um unseren Lebensraum, die Qualität unserer Siedlungen, eine nachhaltige Mobilität, die Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums, den Schutz von Natur und Landschaft und den Erhalt des Kulturlands. Dies sind alles sozialdemokratische Anliegen; Anliegen, mit denen rot-grün geführte Städte und Gemeinden in den letzten Jahren stark gepunktet haben und die auch in ländlichen Gemeinden zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dies insbesondere unter dem Gesichtspunkt der sich entleerenden Ortskerne, der vielerorts öden Einfamilienhausquartiere und gesichtslosen Gewerbegebiete.

Die Raumplanung wird stark von nationalen und kantonalen Vorgaben gesteuert. Wie kann eine Gemeinde hier überhaupt noch gross etwas bewirken?

Das revidierte Raumplanungsgesetz des Bundes und die Vorgaben des Kantons in den Baugesetzen und Richtplänen setzen der Ausdehnung des Baugebiets Grenzen. Was jedoch innerhalb der Baugebiets passiert, ist weitgehend Sache der Gemeinden. Hier gibt es sehr viel Gestaltungsspielraum. Man muss ihn (mit sozialdemokratischer Gestaltungskraft!) nur nutzen.

Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) hält in seinem Standbericht von 2019 fest, dass 36,7 Prozent der Siedlungsflächen ausserhalb von Bauzonen liegen.* Wie kann sich die SP auf Gemeindeebene dafür einsetzen, dass wieder vermehrt innerhalb der Bauzonen gebaut wird?

Die Vorschriften zum Bauen ausserhalb von Bauzonen sind weitgehend Sache des Bundes und ein wichtiges Mittel, um der Zersiedlung Einhalt zu gebieten. Soll das Gebiet ausserhalb von Bauzonen vor Überbauung freigehalten werden, ist die Innenentwicklung ein Gebot der Stunde. Sie gelingt uns aber nur, wenn sie qualitativ erfolgreich und wenn – getreu dem SP-Motto «Für alle statt für wenige» – Mehrwerte nicht nur für die betroffenen



Das Gygax-Areal in Biel verbindet Wohnen, Arbeiten und einen attraktiven Park.

Grundeigentümer, sondern für die ganze Bevölkerung geschaffen werden!

Wie können solche Mehrwerte für die Bevölkerung entstehen?

Sie entstehen beispielsweise durch die Aufwertung des Wohnumfelds, die Schaffung von Parks und Grünräumen, Verkehrsberuhigungen, die Förderung des öffentlichen Verkehrs oder die Schaffung attraktiver Fuss- und Radwegnetze. Schlüssel für die Schaffung solcher Mehrwerte sind ein konsequenter Mehrwertausgleich und eine aktive Bodenpolitik, denn sie helfen mit, die raumplanerischen Ziele umzusetzen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Gygax-Areal in Biel (Foto), wo es die Stadt dank aktivem Bodenmanagement geschafft hat, Wohnungsbau, einen attraktiven Park und die Förderung der Wirtschaft (neuer Hauptsitz des Swatchkonzerns) unter einen Hut zu bringen.

Und zuletzt, was wäre dein Wunsch an eine zukünftige, sozialdemokratische Raumplanungspolitik?

Ich wünsche mir, dass sich die SP auf eidgenössischer und kantonaler Ebene weiterhin konsequent für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Raumplanung einsetzt, wie sie es in der Vergangenheit getan hat. Auf

kommunaler Ebene erhoffe ich mir, dass das grosse Potenzial der Raumplanung für eine sozialdemokratische Politik und die damit verbundene Möglichkeit, neue Wählerschichten zu erreichen, besser erkannt wird.

Interview: Jonas Amman



Lukas Bühlmann ist Raumplaner und Jurist. Von 2003–2019 war er Direktor des Raumplanungsverbandes EspaceSuisse. Zudem ist er Vizepräsident der SP Mühleberg-Frauenkappelen und tritt am 29. November 2020 als Kandidat zu den Gemeinderatswahlen in Mühleberg an. Im ersten Quartal 2021 wird er interessierten Mitgliedern der SP die Raumplanung in einem eintägigen Seminar näherbringen.

*ARE (2019), Monitoring Bauen ausserhalb Bauzonen – Standbericht 2019, Bundesamt für Raumentwicklung, Bern, S. 9.

Strategie für die ÖV-Entwicklung in der Kernagglomeration Bern

DIE REGIONALKONFERENZ BERN-MITTELLAND (RKBM) IST DABEI, EINE NETZSTRATEGIE FÜR DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR IN DER KERNAGGLOMERATION UND DAMIT EIN ZIELBILD FÜR DEN ÖV IM JAHR 2040 ZU ENTWICKELN. DIE SP STADT BERN HAT DIE NETZSTRATEGIE GENAUER ANGESCHAUT UND IM RAHMEN DER ÖFFENTLICHEN MITWIRKUNG EINE STELLUNGNAHME ERARBEITET.

Mit der Netzstrategie 2040 werden ÖV-Entwicklungsschwerpunkte und -Umsetzungsschritte definiert. Das Ziel ist, ein attraktives und leistungsstarkes ÖV-Netz für die Kernagglomeration zu gewährleisten. Angesichts der Modelle, die ein signifikantes Wachstum des Verkehrs in der Kernagglomeration voraussagen, begrüsst die SP die vorausschauende Planung im Bereich ÖV. Das wachsende Gesamtverkehrsaufkommen muss unbedingt mit flächeneffizienten und klimafreundlichen Verkehrsmitteln aufgefangen werden. ÖV, Fuss- und Veloverkehr sind konsequent zu fördern.

Tangentallinien und weitere Tramachsen

Insgesamt begrüsst die SP Stadt Bern die Stossrichtung der Netzstrategie und die Gesamtbetrachtung des ÖV-Netzes. Die geplanten Entwicklungen im Westen von Bern erhalten in der Netzstrategie aber noch zu wenig Gewicht. Die Netzstrategie sieht vor, das Potenzial von Tangentallinien zu prüfen. Um die heute schon überlasteten Knoten Bahnhof und Zytglogge zu entlasten und die

Laura Binz,
Stadträtin SP



Verbindungen zwischen den Quartieren auszubauen, müsste dieses Potenzial nach Ansicht der SP viel konsequenter ausgeschöpft werden. Ein weiteres zentrales Element der Netzstrategie ist die bessere Erschliessung des Inselareals und von Köniz. Die Netzstra-

ategie sieht dafür entweder die Verlängerung der RBS-Linie oder ein Tram nach Köniz vor. Da beide Varianten aus politischen und finanziellen Gründen eher unrealistisch erscheinen, fordert die SP die Prüfung weiterer Varianten. Dem Ziel, weitere stark frequentierte Buslinien auf Trambetrieb umzustellen, steht die SP nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Allerdings muss bei der Linienführung von Trams genügend Platz für Velospuren und den Fussverkehr vorhanden sein.

In einer nächsten Phase der Erarbeitung der Netzstrategie ist es wichtig, dass auch partizipative und politisch-formale Entscheidungsabläufe definiert werden.

Mitwirkungsunterlagen:

<https://www.bernmittelland.ch/de/themen/verkehr/projekte/netzstrategie-oev-kernagglomeration-bern.php>

Stellungnahme der SP Stadt Bern:

<https://spbern.ch/positionen/vernehmlassungen-und-mitwirkungen>

Nachruf auf Susanna Witschi

Erst noch war Susanna mit uns zusammen an den GL-Sitzungen. Ihr Tod kam für uns alle sehr überraschend. Ich persönlich war seit 2006 zusammen mit ihr in der GL. Es gehörte zu unserem Ritual, dass wir beide meist schon 10 Minuten früher da waren, damit wir vor dem Eingang zusammen noch eine Zigarette rauchen konnten und uns gegenseitig aufdatieren, was es in Neuenegg und Gerzensee Neues gab und über welche SVP-Schachzüge wir uns wieder ärgern mussten. In der GL waren wir zwei Stimmen vom Land, die sich das Politisieren mit bürgerlichen Mehrheiten gewohnt waren. Ich war immer fasziniert, wie Susanna darob nicht resignierte. Im Gegenteil: Es sei in dieser Situation doch einfach umso wichtiger, dass auch die



Susanna Witschi (1955–2020) ist am 12. Oktober unerwartet verstorben.

Linke eine Stimme habe. In Neuenegg war sie zusammen mit der Sektion diese Stimme und wird schmerzlich fehlen. Sie hätte sich ganz bestimmt über das gute Resultat der SP Neuenegg bei den Gemeindewahlen gefreut. Susanna war eine stille Schafferin für die Sache. An Parteitage hat sie nicht das Podium und das Rampenlicht gesucht. Vielmehr hat sie über Jahre gewissenhaft die Eingangs- und Mandatskartenkontrolle geleitet und so überhaupt ermöglicht, dass die Parteitage und Abstimmungen immer reibungslos vonstatten gingen. Im Namen der ganzen GL entbiete ich den Angehörigen und den Freund*innen von Susanna mein herzliches Beileid.

Stefan Lehmann, Vizepräsident SP Bern-Mittelland